

Blinder Journalismus / der ärgerliche Blick in die Zeitung

Wie einem dadurch die erlebte Geschichte gegenwärtig wird

von

Tristan Abromeit

18. September 2014

Text 129

www.tristan-abromeit.de

Wenn man jung und dynamisch ist, bleibt keine Zeit für den Blick zurück in die Vergangenheit.

Wenn mir dieser jetzt möglich ist, bin ich wohl alt und abgekämpft.

Guten Morgen Teilnehmer der NWO-Liste,

Zeitungsleser sind Masochisten - so habe ich vor langer Zeit einmal gelesen -, weil sie sich morgens schon den jungfräulichen Tag mit schlechten Nachrichten verderben ließen. Für mich bestanden heute die schlechten Nachrichten darin, dass die Verfasser und die verantwortlichen Redakteure der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung die Berichte mit den Schlagzeilen „Reicher als Reich“ und „Merkel auf dem Weg zum Emir“ völlig unreflektiert den Lesern ökonomische Fehlentwicklungen wie unbeeinflussbare Naturereignisse schildern. (Siehe die Texte am Ende meiner Anmerkungen.¹) Sie machen keine Anmerkung dazu, wieso die Reichen immer reicher werden und wie der Emir von Katar in die Rolle des willkomme-

¹ Ich hätte gerne einen Link auf die Artikel gesetzt. Ich habe die Artikel im frei zugänglichen Teil der HAZ nicht gefunden. Da den Abonnenten aber eine Textversion ermöglicht wird, gehe ich davon aus, dass die Texte auch frei verwendet werden dürfen. Außerdem ist die Weiterverwendung der Artikel eine Werbung für die Hannoversche Allgemeine Zeitung, auch dann, wenn ich die Redakteure kritisiere.

nen Investors gekommen ist. Ich erwarte als Zeitungsleser keine Charakterstudien der betroffenen Reichen – sie mögen alle gute, tüchtige Menschen sein -, was ich vermisse, ist ein offenes Wort dazu, wie der konzentrierte Reichtum entsteht und zwar nicht als Tellerwäscher-Märchen – die vereinzelt tatsächlich vorkommen -, sondern als Analyse ökonomischer Fakten und Prozesse. Unter dem Axiom, dass alle Menschen mit gleichen Rechten geboren werden, müsste doch jedem Redakteur, der helfen will, Bürgerkriege, Kriege und Terrorismus vermeidbar zu machen, klar sein, dass das Öl (und alle Erdschätze) allen Menschen dieser Welt als gemeinsames Erbe gehört und nicht nur jenen, die gerade darauf sitzen und es dann teuer verkaufen, die ohne Öl hausen, es aber gebrauchen. Eine ähnliche Aussage müsste doch zu dem Zuwachs der Reichen an ihrem Reichtum kommen, der aufgrund des Zinseszins ein Automatismus ist und zunehmend das Arbeitseinkommen in Kapitaleinkommen überführt und zwar so lange, bis das Volk wieder Sehnsucht nach einem Retter bekommt.

Der Reichtum Katars (und anderer Ölländer ²) wurde von den Menschen in den Ländern erarbeitet, die kein Öl (auch stellvertretend für andere Bodenschätze genannt) haben. Und mit dem Reichtum der Ölländer werden die rohstoffarmen Länder erneut ausgebeutet, denn die "Investoren" (heute Geldgeber, früher Unternehmer, die etwas riskierten) werden nicht aus Nächstenliebe tätig, sondern verlangen ihren Tribut in Form von Dividenden und das ist ein anderes Wort für Zins. Bildlich gesprochen: Die VW-Arbeiter haben erst mit dem Bau von Autos dafür gesorgt, dass der Emir reich wurde – weil die Autos Ölfresser sind - und nun müssen sie, da der Emir reich geworden ist und ein Aktienpaket an der VW AG hält, einen Teil ihrer Wertschöpfung an den Emir abliefern.

Soweit waren meine Überlegungen gediehen, als ich die Zeitung lesend am Frühstückstisch saß. Ich hatte dann vor, nur die Berichte mit einer kleinen Anmerkung an Euch weiterzureichen. Ich wollte nur einen Hinweis unseres verstorbenen Freundes Elimar Rosenbohm, ein Zitat von Peter Robert Hofstätter, anfügen. Der Sozialpsychologe stellte sinngemäß einmal fest, dass bei der Einkommensverteilung andere Faktoren als Intelligenz und praktische Tüchtigkeit wirken müssten, da die Einkommensverteilung überhaupt nicht der Verteilung von menschlichen Fähigkeiten entspräche. Weil ich nun annahm, dass Hofstätter an der ehemaligen Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven gelehrt hat, an der Elimar Rosenbohm sein Diplom als Sozialwirt erhalten hat. Das wäre ja schnell geschehen, wenn

2 Auch heute bei der Abstimmung in Schottland über dem Verbleib oder dem Ausscheiden aus dem Verbund Großbritanniens, soll ja das Öl vor der Küste Schottlands eine Rolle spielen.

mir nicht die Fragen gekommen wären: Hat Hofstätter in Wilhelmshaven gelehrt und wie hieß diese Hochschule auch noch genau? Solche Zweifel können heutzutage ja schnell mit ein paar Suchbegriffen - in eine Suchmaschine eingegeben – geklärt werden. Es kann aber auch sein, dass man in völlig neue Gedankengänge verwickelt wird. Bei meiner Suche nach dieser ehemaligen Hochschule in Rüsterei tauchte der Name Werner Hofmann auf und ich stellte fest, dass Hofstätter nicht in Wilhelmshaven gelehrt hat. Rosenbohm hat die Weisheit Hofstätters dann wohl nicht in einer Vorlesung, sondern in einem Vortrag gehört oder in einem Text gelesen.³

Noch zu Hofstätter: Ich kann mich erinnern, dass ich in der Zeit meines zweijährigen Studiums (1964/66) an der Akademie für Wirtschaft und Politik (AWP) in Hamburg absolvierte von Kommilitonen aufgefordert wurde, mit zu einem Vortrag von Hofstätter zu kommen. Ich habe aber abgelehnt, vermutlich, weil ich einen langen Weg von der AWP, deren Domizil nicht weit von der Uni entfernt lag, zu meiner Gartenlaube in Poppenbüttel hatte. Unabhängig davon war meine Situation auch nicht rosig. Neben dem Kompaktstudium in VWL, BWL, Recht, Soziologie und Sozialpsychologie war ich auch ungeplant Vater geworden, dazu Zwillinge (eins davon behindert)⁴. Es fehlte uns eine Wohnung und zum Überleben das notwendige Einkommen. Wir wären ohne Unterstützung aus der Familie „verhungert“. Bei allem war mein Status in der AWP niedriger als der eines bekennenden Kommunisten, weil ich nicht leugnete, aus dem Krug der Erkenntnis, namens Freiwirtschaft, getrunken zu haben. Wahrscheinlich aufgrund der Erfahrung der Wohnungsnot habe ich mich mit einem Projekt „Wohnungen für Studenten durch Studenten“ auseinandergesetzt. Ich stellte mir eine - auch bodenrechtlich motivierte - Siedlung vor, in der Studenten ein Wohnrecht durch Einsatz von Arbeit erwerben sollten. Aber es fehlte mir ein Zugang an möglichen Förderern und auf den kleinen Kreis jener Menschen zu setzen, die versuchten, in der Wüste des Vergessens die Idee von der Natürlichen Wirtschaftsordnung wachzuhalten, war aussichtslos. Auch fehlt in diesem Kreis meistens ein Verständnis für eine Politik der Tat. Als Belohnung für meine Anstrengungen und die Opfer der Familie durfte ich dann nach dem Studium als Klinkenputzer für die Iduna-Sterbehilfe (als Versicherungsvertreter) und danach als Eisen-Pflechter auf einen Hochbau und in einer Betonfabrik arbeiten.

3 Ich hatte meinen intensivsten Kontakt zu Elimar Rosenbohm in den 70er Jahren, als er bei der Landeszentralbank in Hannover am Georgsplatz und ich bei der Norddeutschen Landesbank in der Abt. Landesbausparkasse (heute rechtlich selbständig) arbeitete.

4 Aber das war noch nicht des Schreckens Ende. Da meine damalige Frau die damals zur Verfügung stehenden Verhütungsmittel nicht mochte, war ich Vater von drei Kindern bevor ich in diesem Studium des Zweiten Bildungsweg meine Graduierungsurkunde in der Hand hatte.

Anmerkung zur Akademie für Wirtschaft und Politik: Die AWP wurde als Akademie für Gemeinwirtschaft gegründet, danach hat die AWP ihren Hochschulstatus auch im Namen getragen und die Studienzeit auf Normalmaß ausgedehnt. Zuletzt war sie eine Abteilung der Uni Hamburg. Die Geschichte der AWP ist auch mit den Namen Karl Schiller und Ralf Dahrendorf verbunden.

Im Studium hatten wir auch eine empirisch-soziologischen Arbeit mit eigenständiger Fertigung von Fragebögen, Erhebung der Daten und Auswertung anzufertigen. Mein Thema war „Die Ursachen der Berufsunzufriedenheit von Seeleuten.“ Wir sollten einen Bereich wählen, zu dem wir eigene Erfahrungen und die notwendige Distanz hätten. Meine Schwierigkeit bestand darin, dass immer auf uns eingehämmert wurde, dass wir wissenschaftlich argumentieren sollen, aber nicht gesagt wurde, was wir denn genau darunter zu verstehen hätten. Ich stand unter diesem Druck reichlich hilflos da, was ich denn nun aus meinem umfangreich gesammelten Material herausfiltern darf. Nachdem ich die Arbeit abgegeben hatte, habe ich das Ergebnis meiner Untersuchung frei, also „unwissenschaftlich“ formuliert. Daraufhin wurde mir von meinem Soziologieprofessor gesagt, dass er das in meiner Arbeit vermisst hätte. Nicht nur deshalb bin ich skeptisch, wenn es heißt: „Nach wissenschaftlichen Maßstäben ...“ Später wurde mir zugetragen, man hätte auch mit Hilfe meines Materials ein Gutachten geschrieben. Ich weiß nicht, ob das stimmt. Da ich das Problemfeld aus eigener Kenntnis kannte, war ich wohl dicht an ihn heran gekommen.

Die ökonomische Abschlussarbeit habe ich über „*Die Problematik flexibler Wechselkurse als Instrument des Zahlungsbilanzausgleichs*“ geschrieben. Da der prüfende Dozent sich für fixierten Wechselkurs aussprach, ich aber aufgrund der freiwirtschaftlichen Literatur zur Erkenntnis gekommen war, dass die Lösung in den flexiblen Wechselkursen liegt, war die Anfertigung für mich auch nicht ohne Probleme. *In dem Abschnitt „II. Gegebenheiten der Kommunikation in der (Wirtschafts-)Wissenschaft“ „d) Die Meinungsbildung in der Wissenschaft“* habe ich dem Prüfer folgendes geschrieben:

„Die sinngemäße Wiedergabe einer Äußerung von einem dem Verfasser als kritischer Geist bekannter Wissenschaftler zeigt, wie die 'öffentliche Meinung in der Wissenschaft' verblenden kann: Er äußerte nach dem Bekanntwerden des Jahresgutachtens 1964/65: Für Giersch (einer der Gutachter) wird das Eintreten für flexible Wechselkurse das Ende der wissenschaftlichen Karriere bedeuten.

In dieser Aussage braucht kein Funken Gehässigkeit zu sein. Wenn man von Hofstätters Gruppen-Dynamik ⁵ ausgeht, war durch die Gruppenleistung vom Typ des Bestimmens - die *einsetzt*, wenn vorher die Gruppenleistung vom Typ des Suchens und Findens ergebnislos blieb - festgelegt (normiert) worden ist, daß flexible Wechselkurse schädlich sind. Diese Normierung von Sachverhalten ist kein bewußter Akt. Die bestimmten Sachverhalte werden als selbstverständlich empfunden. Giersch war also in dem Moment, wo er aus der Gruppe ausbrach, ein Normbrecher. Wäre Giersch *der einzige Normbrecher gewesen und geblieben, so hätte es sein können*, daß die Aussage des zitierten Wissenschaftlers eingetroffen wäre. Giersch war nicht allein mit seiner Meinung, die Normierung eines Sachverhaltes wurde erschüttert, die Gruppenleistung vom Typ des Suchens und Findens wurde wieder wirksam.

Die Wirtschaftswissenschaftler sind bezüglich bestimmter Sachfragen eine stark polarisierte Gruppe. Ihr Kommunikationsmedium, die Literatur, scheint die Eigenschaft zu haben, einen Teil der Kommunikués zu schlucken und somit nicht weiterzuleiten. Dieses könnte die Ursache dafür sein, daß Vorurteile so langlebig sind. Wenn einem der in diesem Abschnitt beschriebene Sachverhalt bewußt ist, so brauchen ihn widersprüchliche Aussagen der Wirtschaftswissenschaft nicht in Verwunderung zu setzen.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/106.4%20TA1966WK.Problem.pdf>

Hier ein Link zu: > Peter Robert Hofstätter (* [20. Oktober 1913](#) in [Wien](#); † [13. Juni 1994](#) in [Buxtehude](#)) war ein österreichischer [Sozialpsychologe](#). < Wie dem Wikipediabeitrag zu entnehmen ist, war er nicht unumstritten. Aber das war z. B. Karl Schiller auch nicht, wie ich aus Publikationen aus dem Umfeld der AWP in Erinnerung habe. Aber bei Themen, die die Politik berühren, ist bei Wikipedia zu bedenken, dass da im Hintergrund Kämpfe um die Deutungshoheit stattfinden – so die Aussage eines Wikipedianers.

http://de.wikipedia.org/wiki/Peter_R._Hofst%C3%A4tter

Bei der Suche nach der Hochschule in Wilhelmshaven-Rüstersiel tauchte dann der Name Werner Hofmann auf. Aber nicht in dem folgenden Link, dort ist er unter den bekannten Lehrenden nicht aufgeführt. Es war ein anderes Angebot aus dem Suchergebnis.

http://de.wikipedia.org/wiki/Hochschule_f%C3%BCr_Arbeit,_Politik_und_Wirtschaft

http://de.wikipedia.org/wiki/Werner_Hofmann_%28Soziologe%29

Der Wikibeitrag über Hofmann weist ihn als Dozenten der Hochschule in Wilhelmshaven-Rüstersiel aus. Da er viel zum Thema Sozialökonomie gearbeitet hat und da dieser Be-

⁵ Peter R. Hofstätter: Gruppendynamik, rde. Bd. 38, 60. Aufl. 1964

griff nicht eindeutig ist, wäre es angebracht, dass über sein Denken in der Zeitschrift für Sozialökonomie von einem Autor, der mit Hofmanns Denken vertraut ist, berichtet würde.⁶ Prof. Werner Hofmann ist am 9. November 1969 gestorben. Als ich mich bei Professor Erich Reigrotzki,⁷ der in Marburg Staatswissenschaften gelehrt hat, einmal nach Hofmann erkundigt habe, erzählte er mir, dass Prof. Hofmann an Einsamkeit gestorben sei. Da er vorher mit der Aktion Demokratischer Fortschritt eine politische Niederlage und sich mit seinem am Marxismus angelehnten Denken auch nicht nur Freunde gemacht hat, rätsele ich seit der Aussage von Reigrotzki, ob sich Hofmann selber das Leben genommen hat.

Ich selber habe kurz mit Werner Hoffman auf dem Gründungskongress Demokratischer Fortschritt am 2. November 1968 außerhalb der Kleinen Westfalenhalle in Dortmund⁸ gesprochen und das kam so: Der kleine Haufen Mitglieder der Liberal Sozialen Partei, war dem Aufruf zur Gründung des Bündnis der Demokraten – das nicht als Bündnis der Sozialisten oder Marxisten beworben wurde – gefolgt. Was dann folgte, geht aus dem Informationsblatt, welches ich für den Kongress gefertigt hatte und der darauf folgenden Pressemitteilung, die noch vor Ort geschrieben habe und die von Karl-Heinz Ventker, Osnabrück in Umlauf gebracht wurde. Davor oder danach ist es sinnvoll, den Link zum Wikipediabeitrag anzuklicken . http://de.wikipedia.org/wiki/Aktion_Demokratischer_Fortschritt

oooooooooooo

>>>>>>>>>>

6 Von Prof. Werner Hofmann liegt mir der Titel „Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft – Ein Leitfadens für Lehrende“, 1970, vor.
7 Prof. Erich Reigrotzki, dessen politisches Anliegen der Ombudsmann war, habe ich in einer Tagung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft kennen gelernt, in der Reigrotzki einen Vortrag hielt. Er hat auch das Buch „Exakte Wirtschaftstheorie und Wirklichkeit“, 1948, 151 Seiten.
8 In der großen Westfalenhalle habe ich 1954 ein Boxkampf angesehen, als wir mit dem Binnenschiff eines Onkels, dem ich als Matrose ausgeholfen habe, im Dortmunder Hafen lagen. Aber diese Erinnerung ist ungenau. Genau weiß ich, als die Fußball-Weltmeisterschaft stattfand, habe ich auf einer dieser Fahrten auf dem Ruderhaus sitzend und das Schiff steuernd die Übertragung des Endspiel im Radio zugehört.

Tristan Abromeit
285o Bremerhaven 1
Schiffdorfer Chaussee 7o
- Mitglied der Liberal-Sozialen Partei

2. November 1968

Sehr verehrte Teilnehmer des Gründungskongresses in Dortmund,
der heutige Tag wird so angefüllt sein mit Reden und Debatten, dass sich gruppenunabhängige Personen schwerlich Gehör verschaffen werden. Ich erlaube mir daher, auf diese Weise einige Gedanken zum Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969 vorzutragen.

1.1 Ich hoffe, diesem Gründungskongress ist mehr Erfolg beschieden als vorherigen Versuchen zur Gründung ausserparlamentarischer Parteien und anderer politischer Gruppen.

1.2 Eine Politik des Aktionsbündnisses kann nur dann ein Novum sein, wenn sie Aussagen und Forderungen für die gesamte bundesrepublikanische Gesellschaft und den zwischenstaatlichen Beziehungen formuliert und nicht nur für einzelne Gruppen.

1.3 Die Sprache des Aufrufes ist unscharf und anbiedernd, sie unterscheidet sich hierin nicht wesentlich von der Sprache der NPD. - Dieses ist kein Vorwurf, sondern eine Feststellung.

1.4 Wenn Zustände in der Gesellschaft geändert werden sollen, dann muss man die Mittel rational auf ihre Wirkung und Wechselwirkung hin durchleuchten, sonst haben politische Aktionen leicht eine gegenteilige Wirkung. - Sachthemen der Arbeitskreise können in der kurzen Zeit gar nicht mit der notwendigen Sorgfalt abgehandelt werden. Der ganze Kongress kann daher nicht mehr sein als eine politische Demonstration wider die „staatstragenden“ Parteien.

1.5 In einer von vier vorbereitenden Veranstaltungen für diesen Kongress in Bremen wurde behauptet, es sei beschlossene Sache, dass die Deutsche Kommunistische Partei Bündnispartner sei. Nach demokratischen Spielregeln - die doch das Bündnis verteidigen will - entscheidet der Gründungskongress darüber, wer Bündnispartner werden soll und wer nicht.

Die Gründung der Wahlpartei einen Tag nach der Gründung des Aktionsbündnis-

ses erweckt den Eindruck, als solle etwas durchgepeitscht werden. Eine besonnend Willensbildung kann sich in so kurzer Zeit nicht vollziehen.

2.1 In Diskussionen in Bremen über die Wirksamkeit des Aktionsbündnisses wurde wiederholt bedauernd festgestellt, dass die Arbeiterschaft kein Klassenbewusstsein habe. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Begriffe „Arbeiterschaft“ und „Klassenbewusstsein“ einen Aussagewert haben; mir schien aber, dass die Initiatoren der Veranstaltung in Bremen wenig demokratisches Bewusstsein haben. Es wurde davon gesprochen, dass das Grundgesetz verteidigt und die Demokratie vertieft werden sollte. Gleichzeitig wurden aber Normen des Grundgesetzes wie: Gewissensfreiheit und Unabhängigkeit der Abgeordneten in Frage gestellt. Die DKP, die die Demokratisierung in der CSSR verurteilt, wird als Bündnispartner akzeptiert.

Aber auch im Aufruf akzeptiert man Antidemokraten als Bündnispartner, wenn der Text mit der logischen Sprache übereinstimmt. Es wird dort zum Aktionsbündnis von Demokraten und Sozialisten aufgerufen; also auch Sozialisten, die keine Demokraten sind.

Es wurde in Bremen aber noch Schlimmeres gesagt: Das Aktionsbündnis hätte nichts mit Moral zu tun, der Erfolg wäre das Wesentliche! - Wenn Prof. Hofmann in einem Flugblatt des Giessener Kreises schreibt, dass das Bündnis zwischen CDU und SPD ein politisch sittenwidriges, öffentlich Ärgernis erregendes Konkubinat sei, dann ist eine Koalition der progressiven Gruppen - ohne moralische Fundierung - Hurerei, um in gleicher Metapher zu sprechen.

3.1 Bei aller Toleranz muss das Aktionsbündnis nicht nur nach übereinstimmenden Zielen fragen, sondern auch nach einem Minimum an gemeinsamen Prinzipien.

3.2 Vorschlag für eine Erklärung im Antragsformular auf Mitgliedschaft im Aktionsbündnis und der Wahlpartei:

- I . Verstöße gegen die allgemeinen Menschenrechte sind auch dann Unrecht, wenn sie durch die Sowjetunion oder die USA vorgenommen werden.
- II . Jeder Staat hat das Recht, innerhalb seiner Grenzen Reformen durchzuführen, wenn diese nicht gegen gültige internationale Verträge und gegen die Grund- und Menschenrechte verstoßen.
- III . Keiner Macht steht das Recht zu, ein Gesellschaftssystem mit Waffengewalt einzuführen oder aufrechtzuerhalten.

Liberal-Soziale Partei (LSP), Bonn
Pressestelle: 45 Osnabrück, Schließfach 1963
Telefon über 0541 / 222 83

3. 11. 1968

Mitteilung an die Presse (13)

Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969 - Gründungskongreß
2. November 1968 in Dortmund1 Kleine Westfalenhalle

Das Vorstandsmitglied der Liberal-Sozialen Partei, Tristan Abromeit, Bremerhaven, nahm an dem Gründungskongreß des Aktionsbündnisses für die Bundestagswahl 1969 teil.

Seine grundsätzlichen Bedenken gegen das Verfahren der Gründung und die DKP als Aktionspartner trug er in einem Umdruck vor. Darin hieß es u.a., daß es nicht nur auf gemeinsame Zielsetzungen, sondern auch auf ein Minimum an gemeinsamen Prinzipien ankomme.

Der Umdruck wurde im Kongreßsaal verteilt. Als doktrinäre Kongreßteilnehmer den Inhalt gelesen hatten, wurde die weitere Verteilung im Namen der Kongreßleitung untersagt. Einem Verteiler wurden die Flugblätter gewaltsam entrissen.

Prof. Dr. Werner Hofmann, Referent und Initiator des Kongresses, bedauerte gegenüber dem Verfasser des Flugblattes den Vorfall. Zu dem Inhalt des Kongresses muß gesagt werden, daß viele Bundesbürger ihren guten Willen kund taten. Als Friedensbündnis und Wahrer der Demokratie gebärden sich die marxistischen Sozialisten aber zu unduldsam und zu aggressiv. Die Diskussion unter der Linken ist besonders schwer, weil mit Begriffen operiert wird, die Emotionen aber keine Informationen vermitteln.

Die Vorstellungen der Bündnispartner können, wenn sie angewandt werden, wohl den Privatkapitalismus in einen Staatskapitalismus transformieren; aber nicht den Kapitalismus auflösen.

Der Vorstand der Liberal-Sozialen Partei (LSP) kann unter den gegebenen Umständen nicht mit dem „Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969“ kooperieren, er ist aber zu Diskussionen bereit.

Anlage: Flugblatt, verteilt am 2.11.68 in Dortmund

oooooooooooo

>>>>>>>>>>

Merkel auf dem Weg zum Emir

Berlin. Trotz der Kritik an Katar wegen mutmaßlicher Unterstützung radikalislamischer Gruppen wirbt die Bundesregierung für mehr Investitionen und Aufträge aus dem Emirat. „Wir freuen uns über jedes katarische Investment“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach einem Treffen mit dem Emir von Katar am Mittwoch in Berlin. Dem stünden auch keine politischen Differenzen im Wege. Emir Tamim al-Thani widersprach Berichten, dass sein Land die extremistische Miliz IS in Irak und Syrien finanziere. Vor allem im Energiebereich und bei der Umwelttechnik lasse sich die Zusammenarbeit ausbauen, sagte Merkel. Die Lieferung von Rüstungsgütern an den Golfstaat schloss sie nicht aus. Der Besuch des Emirs war in Berlin umstritten. Katar steht seit Monaten wegen Berichten über die Finanzierung radikaler islamischer Gruppen in mehreren Ländern und über die schlechte Behandlung ausländischer Arbeiter auf den Baustellen für die Fußball-Weltmeisterschaft 2022 in der Kritik. Merkel forderte den Emir auf, ausländische Gastarbeiter auf den WM-Baustellen besser zu behandeln. Ein so reiches Land wie Katar könne bessere Arbeitsbedingungen bieten. Tamim al-Thani räumte Versäumnisse ein: „Wir sagen nicht: Wir sind der ideale Staat, der keine Fehler macht.“ Sein Land arbeite ernsthaft an Lösungen. Menschenrechtler kritisieren die Ausbeutung ausländischer Arbeiter mit vielen Todesfällen in Katar. Angesichts des nach wie vor boomenden Golfstaats unterstrich Merkel das Interesse an einer engeren Zusammenarbeit. „Deutschland hat eine Vielzahl an Angeboten im Bereich der Infrastruktur. Hier sind wir an vielen Aufträgen interessiert“, sagte die Kanzlerin. Zugleich lobte sie langfristige Investitionen des Golfstaates in deutsche Konzerne wie Volkswagen und die Deutsche Bank. Der demonstrativ herzliche Empfang in Berlin wurde nach Einschätzung aus Regierungskreisen auch möglich, weil Katar sich seit einigen Tagen bemüht, die umstrittene Unterstützung radikaler islamischer Gruppen im Ausland einzudämmen. „Katar hat und wird niemals terroristische Gruppen unterstützen“, betonte Emir Tamim al-Thani. Dies gelte sowohl für Syrien als auch Irak. Merkel verwies darauf, dass Katar am Montag der von den USA angestrebten internationalen Allianz im Kampf gegen IS beigetreten sei. Katar hatte zudem am Montag ein Gesetz verabschiedet, das auch privaten Organisationen des Landes die Finanzierung solcher Gruppen verbietet. Die Kanzlerin räumte allerdings ein, dass es in einer Reihe anderer Fragen wie etwa der Unterstützung der palästinensischen Hamas unterschiedliche Ansichten gebe. Katar habe aber die Funktion eines Landes, das „Gesprächskontakte in alle Richtungen hat“. Umstritten blieb die Frage möglicher Rüstungsexporte an den Golfstaat. Wirtschaftsminister Gabriel soll Vertretern der Rüstungsindustrie vergangenen Freitag nach Teilnehmerangaben gesagt haben, die Politik Katars erlaube keine Waffenlieferungen aus Deutschland. Merkel betonte am Mittwoch dagegen, dass dies in jedem Fall „eine einzelne Abwägung“ sei. Grünen-Fraktionsgeschäftsführerin Katja Keul kritisierte die „Abwägungspolitik“ Merkels und forderte den Stopp von Panzerlieferungen nach Katar.

18.09.2014 / HAZ Seite 2 Ressort: POLI

Reicher als reich

Zürich. Wer in Europa einen Milliardär treffen will, muss nach London, Moskau, Paris oder Istanbul fahren. Dort leben nach einem neuen Überblick die meisten Superreichen. Auch Hamburg ist mit 18 Milliardären ein Magnet für höchst vermögende Menschen. Wo immer die Superreichen auch sind, sie haben eines gemeinsam: Ihr Vermögen wächst und wächst. Wie aus einer am Mittwoch veröffentlichten Studie der Schweizer Großbank UBS in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsinformationsdienst Wealth-X hervorgeht, besitzen die 2325 Milliardäre weltweit ein Vermögen von 7,3 Billionen Dollar (5,64 Billionen Euro) – ein Plus von 12 Prozent innerhalb eines Jahres. Diese Summe entspricht dem doppelten Bruttoinlandsprodukt Deutschlands und übersteigt den Wert der Firmen im Dow-Jones-Index. Dabei werden die Reichen gerade in Europa immer reicher: Mit 2,375 Billionen Dollar haben die 775 Milliardäre auf dieser Seite des Atlantiks die Nordamerikaner beim Gesamtvermögen überholt. Die meisten Superreichen in Europa leben in Großbritannien (130), gefolgt von Deutschland (123). Queen Elizabeth II. zählt mit einem Privatvermögen von umgerechnet 412 Millionen Euro nicht zu diesem erlauchten Kreis. Die höchste Milliardärsdichte verzeichnet das Fürstentum Liechtenstein: fünf Superreiche unter 37'000 Einwohnern. Ihren schon bisher unglaublichen Reichtum haben aber besonders die Reichen und Superreichen in Asien vermehrt. Hier verzeichnen die Listen eine Steigerung des Vermögens um fast 19 Prozent auf 1,14 Billionen Dollar sowie 52 neue Milliardäre – davon allein 33 aus China. Den stärksten Anstieg bei der Zahl der Reichen verzeichnet Lateinamerika mit einem Plus von fast 38 Prozent auf 153 Menschen mit eher wenig Geldsorgen. Im Mittleren Osten sowie in Afrika hat laut Studie dagegen die Zahl der Milliardäre auf insgesamt 194 leicht abgenommen – dafür ist aber deren Vermögen in zweistelligen Prozentzahlen gestiegen. In den USA leben 609 Milliardäre. Lange war Reichtum männlich – doch die Emanzipation schreitet auch unter den Milliardären voran. Jedes achte Vermögen wird inzwischen von einer Frau verwaltet. Allerdings haben zwei von drei Milliardärinnen ihre riesigen Geldmengen schlicht geerbt. Der jetzt veröffentlichte Bericht hat auch Trost für alle parat, die sich mit einer akademischen Ausbildung schwertun: 35 Prozent der Superreichen haben keinen Universitätsabschluss. Über Namen schweigt sich die aktuelle Studie aus. Auf der Liste der Magazins „Forbes“ sind immer noch der mexikanische Telekom-Herrscher Carlos Slim, Microsoft-Gründer Bill Gates und Investor Warren Buffett mit einem Vermögen zwischen 85 und 67 Milliarden Dollar die drei reichsten Menschen der Erde. Gates und Buffett gehören zweifelsfrei auch zu den großen Spendern, die gemeinsam andere Vermögende dazu aufrufen, ihr Geld für einen guten Zweck auszugeben. Laut der UBS-Studie ist hier noch viel Luft nach oben. Im Laufe ihres Lebens spenden Milliardäre etwa 100 Millionen Dollar, nur etwa 3 Prozent ihres Vermögens. Manch einer gibt sehr viel für das eigene gute Leben aus.

18.09.2014 / HAZ Seite 11 Ressort: WIRT